

Anlage

Innovationsrat

Baden-Württemberg

Esslingen, 21. Juli 2009

Empfehlungen und Zwischenbilanz

Der Innovationsrat Baden-Württemberg ist ein Beratungsgremium der Landesregierung, das Ende 2007 mit dem Ziel eingerichtet wurde, die führende Rolle Baden-Württembergs als Innovationsmotor Deutschlands zu sichern, die Technologieführerschaft in den für die Wirtschaft des Landes zentralen Branchen auszubauen, Innovationspotentiale an Hochschulen und Forschungseinrichtungen rasch nutzbar zu machen und im Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft neue Innovationsimpulse für Produktivität und Beschäftigung zu setzen. Dazu befasst sich der Innovationsrat mit Themen von zentraler Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Baden-Württemberg und gibt Handlungsempfehlungen zu innovationspolitischen Themen.

Der Innovationsrat wird von einem Vorstand unter der Leitung von Ministerpräsident Günther H. Oettinger geführt. Weitere Mitglieder des Vorstands sind Dr. Eberhard Veit, Vorsitzender des Vorstands der Festo AG, als Vertreter der Wirtschaft und Professor Dr. Ernst Messerschmid, Universität Stuttgart, für den Bereich Wissenschaft und Forschung.

Dem Innovationsrat gehören rund 50 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Kirchen, Sport und Medien sowie Vertreter von Kommunen, Verbänden, Kammern und Gewerkschaften an.

Ständige Mitglieder sind Wissenschaftsminister Professor Dr. Peter Frankenberg und Wirtschaftsminister Ernst Pfister. Weitere Mitglieder der Landesregierung nehmen themenbezogen an den Sitzungen teil.

Seit seiner Konstituierung am 11. Dezember 2007 hat der Innovationsrat insgesamt 6 Mal getagt.

Arbeitsprogramm des Innovationsrats

Der Innovationsrat hat sich ein Arbeitsprogramm mit folgenden Schwerpunkten gegeben:

- Gestaltung förderlicher Rahmenbedingungen zur langfristigen Sicherung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg,
- Identifikation von Technologiefeldern, die dem Wirtschafts-, Produktions- und Dienstleistungsstandort Baden-Württemberg auf längere Sicht besondere Entwicklungschancen bieten,
- Strategien gegen den Fachkräftemangel, insbesondere in den naturwissenschaftlich-technischen Bereichen,
- Steigerung der Flexibilität und der Effizienz des Wissens- und Technologietransfers an der Nahtstelle von Wissenschaft und Wirtschaft,
- Identifizierung neuer Antriebskräfte für Innovationsprozesse an den Schnittstellen von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur,
- Stärkung der Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen,
- Förderung von Unternehmensgründungen, insbesondere im Hightech-Bereich,
- Innovationsfreundliches Klima in Öffentlichkeit und Politik und
- Innovationsallianzen an der Schnittstelle von Ökonomie und Ökologie.

Arbeitsgruppen des Innovationsrats

Zur Bearbeitung der zentralen Handlungsfelder seines Arbeitsprogramms hat der Innovationsrat bislang sechs Arbeitsgruppen eingesetzt:

- Arbeitsgruppe I: Baden-Württemberg 2025: Wirtschaft, Gesellschaft und industrieller Wandel

Vorsitzende: Prof. Dr. Marion A. Weissenberger-Eibl, Institutsleitung, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe; Co-Vorsitzender: Martin Jetter, Vorsitzender der Geschäftsführung, IBM Deutschland, Stuttgart

- Arbeitsgruppe II: Strategien gegen den Fachkräftemangel
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Franz, Präsident, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim; Co-Vorsitzender: Peter Leibinger, stellv. Vorsitzender der Geschäftsführung; Trumpf GmbH + Co. KG, Ditzingen
- Arbeitsgruppe III: Staat - Wirtschaft - Wissenschaft - Kultur: Rahmenbedingungen für Innovationen
Vorsitzender: Prof. Peter Weibel, Zentrum für Kunst und Medientechnologie, Karlsruhe; Co-Vorsitzende: Dorothee Stein-Gehring, Geschäftsführende Gesellschafterin, Gehring GmbH & Co. KG, Ostfildern
- Arbeitsgruppe IV: Hochschulen und Forschungsinstitute als Partner der Wirtschaft: Wissens- und Technologietransfer
Vorsitzende: Prof. Dr.-Ing. Ellen Ivers-Tiffée, Leiterin des Instituts für Werkstoffe der Elektrotechnik, Universität Karlsruhe; Co-Vorsitzender: Dr. Siegfried Dais, stellv. Vorsitzender der Geschäftsführung, Robert Bosch GmbH, Stuttgart
- Arbeitsgruppe V: Steigerung der Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen
Vorsitzender: Dr. Robert Bauer, Sprecher des Vorstands, Sick AG, Waldkirch; Co-Vorsitzender: Prof. Dr.-Ing. Winfried Lieber, Hochschule Offenburg, Vorsitzender der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen
- Arbeitsgruppe I (neu)/VI: Ökonomie und Ökologie - Mobilität und Umwelt
Vorsitzende: Prof. Dr. Marion A. Weissenberger-Eibl, Institutsleitung, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe; Co-Vorsitzender: Martin Jetter, Vorsitzender der Geschäftsführung, IBM Deutschland, Stuttgart

Die Arbeitsgruppen I - IV wurden in der 2. Sitzung des Innovationsrats eingesetzt, die Arbeitsgruppe V und VI in der 5. bzw. 6. Sitzung eingesetzt.

Die Arbeitsgruppen berichten in den Sitzungen des Innovationsrats regelmäßig über den Stand ihrer Überlegungen. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen kann unter www.baden-wuerttemberg/innovationsrat abgerufen werden.

Die Arbeitsgruppe „Strategien gegen den Fachkräftemangel“ und „Baden-Württemberg 2025: Wirtschaft, Gesellschaft und industrieller Wandel“ haben ausführliche Berichte mit Analysen und Empfehlungen an die Landesregierung,

Wirtschaft und Gesellschaft vorgelegt. Diese Berichte können unter www.baden-wuerttemberg.de/innovationsrat abgerufen werden.

Empfehlungen und Zwischenbilanz

In seiner sechsten Sitzung am 21. Juli 2009 hat der Innovationsrat eine Zwischenbilanz mit Empfehlungen verabschiedet, die auf Vorschlägen aus den Arbeitsgruppen basieren.

Der Innovationsrat empfiehlt der Landesregierung, Wirtschaft und Verbänden sowie weiteren Adressaten, folgende Vorschläge mit Priorität umzusetzen:

I. Arbeitsmarktpolitische Empfehlungen: Mehr Chancen für Fachkräfte im MINT-Bereich

Nachdem noch vor wenigen Monaten der Ingenieur- und Fachkräftemangel das beherrschende Thema war, stellt nun die gegenwärtige Wirtschaftskrise den Standort Baden-Württemberg vor die größte Herausforderung in der Nachkriegsgeschichte. Die innovative und global wettbewerbsfähige Industrie leidet unter dramatischen Auftragseinbrüchen und deren bedrohlichen Konsequenzen für die Unternehmen. Dies hat auch Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse. Über den im Verlauf jeder Krise drohenden Arbeitsplatzabbau hinaus zeichnet sich die Gefahr ab, dass Unternehmen Innovationen unterlassen und keine neuen Fachkräfte einstellen. Dies hat fatale Konsequenzen, da in der Aufschwungphase nach der Krise damit die Startchancen schlechter und Wettbewerbsvorteile verloren gegangen sind.

Vorausschauende Politik bedeutet, auch heute schon auf die Zeit nach der Krise vorbereitet zu sein. Das Land Baden-Württemberg hat den Innovationsrat eingerichtet, um eine solche vorausschauende Politik zu entwerfen. Dazu zählen auch Maßnahmen gegen den durch die demographische Entwicklung verstärkten Fachkräftemangel, der durch die aktuelle Krise nur vorübergehend überdeckt ist. Wenn Studienbewerber aufgrund aktuell schlechter Beschäftigungschancen von den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern Abstand nehmen, wird sich mittelfristig der Fachkräftemangel noch verstärken. Wenn unsere produzierenden Unternehmen jetzt keine Ingenieure, Techniker und andere Fachkräfte einstellen, werden sie ihnen morgen fehlen - umso mehr als aufgrund der demographischen Entwicklung das Angebot künftig noch mehr schrumpfen wird.

Daher soll auf Initiative des Innovationsrats ein Sofortprogramm aufgelegt werden, das qualifizierten Hochschulabsolventen in den Bereichen Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik konkrete Perspektiven für den Übergang von der Hochschule in den Berufseinstieg bei einem Unternehmen in Baden-Württemberg eröffnet.

1. Sofortprogramm zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für qualifizierte Hochschulabsolventen der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) im Wissenschaftsbereich

Die Rezession mindert die Arbeitsplatzchancen der Hochschulabsolventen in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Sie in die Arbeitslosigkeit zu schicken, würde eine Verminderung ihres später dringend benötigten spezifischen Wissens und damit eine Teilabschreibung der großenteils aus Steuergeldern finanzierten Humankapitalinvestitionen nach sich ziehen. Dem kann die Landesregierung kurzfristig entgegenwirken, indem sie qualifizierten MINT-Absolventen, die unmittelbar nach Abschluss ihres Studiums keinen Arbeitsplatz finden, eine zeitlich begrenzte Beschäftigungsmöglichkeit in der Hochschule anbietet.

Das zeitlich befristete Programm sollte möglichst zum Wintersemester 2009/10 starten und von den Hochschulen in Kooperation mit Unternehmen durchgeführt werden. Die Kooperationen können z. B. im Rahmen von gemeinsamen Forschungs- oder Technologietransferprojekten erfolgen, in Graduiertenkollegs oder durch temporäre Praktika der Absolventen in Unternehmen.

Im Rahmen des Programms kommt die Beschäftigung von Absolventen an den Hochschulen als geprüfte wissenschaftliche Hilfskräfte, wissenschaftliche Mitarbeiter (1/2 Stelle E13) sowie über Promotionsstipendien infrage. Auch Forschungseinrichtungen sollen sich beteiligen können. Landesseitig sind die Kosten auf 9,2 Mio. € p. a. für 500 Absolventen und 18,4 Mio. € p.a. für die Beschäftigung von 1.000 Absolventen zu beziffern.

Die Unternehmen beteiligen sich an der Finanzierung des Gesamtprogramms. Ihre Beteiligung erfolgt z. B. durch Personalmittel zur Aufstockung der Beschäftigungsverhältnisse, durch Sachmittel bzw. Geräteausstattung. Die Höhe und die Form der Beteiligung werden individuell durch die Hochschule

bzw. die Forschungseinrichtungen und die kooperierenden Unternehmen geregelt.

2. Programm „Frauen in MINT-Berufen in Wirtschaft und Wissenschaft“

Der zu erwartende Mangel an Fachkräften in den MINT-Fächern richtet den Blick weit über die derzeitige Rezession hinaus. Es wird deshalb ein mittelfristig angelegtes Programm „Frauen in MINT-Berufen in Wirtschaft und Wissenschaft“ empfohlen, um das Interesse von weiblichen Jugendlichen für die MINT-Fächer mehr als bisher zu wecken und die Erwerbsbeteiligung von Frauen allgemein zu erhöhen.

Konkrete Inhalte könnten u.a. die Intensivierung der Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft, die Verstärkung der bisherigen Bemühungen der Unternehmen hinsichtlich familienfreundlicher Arbeitsplätze und die verbesserte Sichtbarmachung wissenschaftlicher Frauenförderprogramme sein. Mit diesem Programm sind die Politik, vor allem aber die Unternehmen gefordert.

II. Empfehlungen zur Verbesserung des Wissenstransfers

Stärkung und Ausbau des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1990 als eines der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute mit hoher europäischer Reputation etabliert.

Der übergreifende Forschungsleitgedanke am ZEW ist Analyse funktionstüchtiger Märkte und Institutionen in Europa. Die Forschungsergebnisse werden sowohl im Wissenschaftsbereich vermittelt als auch über Studien, Publikationsreihen, die Medien und Weiterbildungsveranstaltungen an Unternehmen, Verbände und die Wirtschaftspolitik weitergegeben.

Die anwendungsorientierte Forschung des ZEW zur Stärkung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit wissensbasierter Volkswirtschaften in der Europäischen Union soll gezielt ausgebaut werden. Dieser Forschungsgegenstand besitzt für die europäische und deutsche Wirtschaftspolitik ebenso wie für die Wirtschaftspolitik des Landes Baden-Württemberg hohe Bedeutung, weil in der Wissensgesellschaft Wettbewerbsvorteile wesentlich durch aufeinander

abgestimmte Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in das Humankapital geschaffen werden.

Ziel ist die Erarbeitung wirtschaftspolitischer Empfehlungen sowie die Schaffung eines international orientierten Programms für hoch qualifizierte Nachwuchswissenschaftler, welches das ZEW in der europäischen Forschungslandschaft noch sichtbarer macht und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Rhein-Neckar als Wissenschaftsstandort erheblich steigert.

Einrichtung eines landesweiten Innovationsforums Baden-Württemberg und Finanzierung von Kooperationsprojekten

Um Kooperationen entlang der gesamten Wertschöpfungskette noch stärker zu stimulieren und die Zusammenarbeit verschiedener landesweiter und regionaler Netzwerke und Cluster zu fördern, wird die Einrichtung eines landesweiten „Innovationsforums Baden-Württemberg“ empfohlen. Das Innovationsforum sollte Prozesse zur Anbahnung und Begleitung von Kooperationen, ein Management, das die Vernetzung der beteiligten Akteure aktiv vorantreibt, und geeignete Werkzeuge (z.B. über eine Softwareplattform) umfassen. Durch die Finanzierung von vorwettbewerblichen Verbundforschungsprojekten und im Rahmen von Wettbewerbsverfahren auszuwählender Kooperationsprojekte sollten Anreize dafür gegeben werden, dass sich vor allem KMUs stärker in Clustern und Netzwerken beteiligen.

Gründung weiterer Forschungsk Kooperationen nach dem erfolgreichen Modell „Industry on campus“

Für den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft hat sich auch in Baden-Württemberg die innovative Struktur der Kooperationen auf (oder nahe) dem Campus der Hochschulen, das „Industry on campus“-Modell, herausgebildet. Diese Kooperationen stellen eine strategische Allianz zwischen einzelnen oder mehreren Unternehmen und einzelnen oder mehreren Hochschulen und Forschungseinrichtungen dar, wobei die Forschungsaufgaben klar definiert werden. Die Finanzierung erfolgt gemeinsam durch Land bzw. Hochschulen und Unternehmen. Um industrierelevante Forschungsaktivitäten auszubauen und den Technologietransfer zu verstärken, wird empfohlen, weitere Kooperationen nach dem Modell „Industry on Campus“ zu fördern und dabei den Anteil der KMU und der Fachhochschulen zu erhöhen. Sowohl grundlagen- als auch

anwendungsorientierte Themenfelder sollten in diesen Forschungsk Kooperationen behandelt werden.

Erprobung neuer Kooperationsmodelle für den Wissenstransfer

Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen sollte deutlich verstärkt werden. Die Bandbreite der Kooperationsmöglichkeiten reicht von gemeinsamen Forschungsprojekten über gemeinsame transferorientierte Graduiertenkollegs bis hin zu Auslandsaufenthalten der Absolventen in Unternehmen oder Partnerhochschulen. Wichtige Aspekte solcher Kooperationsmodelle sind der erleichterte Austausch von Mitarbeitern für wechselseitige Tätigkeiten in Industrie, Hochschulen und Forschungsinstituten, die flexible Anwendbarkeit auf die jeweiligen Partnerprofile und ein dezentrales Vorgehen, um einen schnellen Start von Pilotprojekten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu gewährleisten. Auch hier ist eine gemeinsame Finanzierung zwischen Land bzw. Hochschulen und Unternehmen anzustreben. Best-Practise-Kooperationsmodelle können für die verschiedenen Einstiegsniveaus bzw. Weiterbildungsanforderungen aufgezeigt werden. Auch die Beschäftigung von Absolventen, die momentan vom Arbeitsmarkt nicht aufgenommen werden können, ist durch solche Kooperationsmodelle möglich.

Musterverträge für Auftragsforschung und Forschungsk Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

Hinsichtlich der rechtlichen Ausgestaltung von Auftragsforschung und Forschungsk Kooperationen besteht zwischen Hochschulen und Unternehmen erheblicher Abstimmungsbedarf. Resultat sind oft langwierige Verhandlungen und individualisierte Vertragsgestaltungen (Einzelverträge statt Musterverträge). Dies behindert die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft. Daher sollten Mustervereinbarungen für Auftragsforschung und Forschungsk Kooperationen den baden-württembergischen Hochschulen und Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen als Handreichung für beide Vertragspartner zugänglich gemacht werden. Diese Mustervereinbarung sollen die Interessen beider Seiten (Wirtschaft und Hochschulen) berücksichtigen.

Gründung eines Kreativitäts- und Innovationsrings

Die überregional bedeutenden Einrichtungen in den Bereichen Kunst, Kultur und Kulturwirtschaft sollten in einem Kreativitäts- und Innovationsring ihre Zusammenarbeit verstärken und dabei arbeitsteilig Aufgaben zur Förderung der

Kreativität und Innovation übernehmen. Dazu sollte ein interdisziplinärer Transfer von Wissen und Erfahrungen, z.B. über Symposien, Wettbewerbe und Veranstaltungen, stattfinden. Im Rahmen eines Projekts „Lernen am Unterschied“ könnte der Innovationsring einen Austausch von Personal zwischen verschiedenen interdisziplinären und interkulturellen Berufswelten fördern. Hier könnte auf das Programm „art, science & business“ der Akademie Schloss Solitude aufgebaut werden.

Veranstaltung von Kreativitätswettbewerben

Durch Kreativitätswettbewerbe sowie -veranstaltungen sollte das Innovationspotential in Baden-Württemberg sichtbar gemacht werden. Hierbei könnte an den Kreativitätswettbewerb „ImPuls“ angeknüpft werden - einem landesweiten Wettbewerb des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport in Zusammenarbeit mit dem SWR zur Förderung künstlerischer Kooperationen zwischen Schulen, Künstler/innen und Kultureinrichtungen. Kreativitätsmethoden sollten regelmäßiger Bestandteil des Unterrichts und der Lehrerfortbildung sein, damit diese Fähigkeiten für die Schülerinnen und Schüler besser als bisher unterstützt und entsprechende Ziele der Bildungsstandards erfüllt werden können.

III. Folgende Empfehlungen sollen im Herbst 2009 vom Innovationsrat vertieft beraten werden:

Bereitstellung von Wagniskapital und Abstimmung der bestehenden Förderprogramme des Landes mit dem Fokus auf die Gründungsphase von jungen Unternehmen

Die Rahmenbedingungen für junge Unternehmen insbesondere in der Gründungsphase sollten durch die Bereitstellung von Risikokapital für Unternehmensgründungen und eine stärkere Koordinierung bestehender Förder- und Transferprogramme verbessert werden. Ziel sollte sein, bestehende Einzelbausteine zu einem systematischen Gesamtkonzept auszubauen, das insbesondere auf die Gründungsphase von jungen Unternehmen zugeschnitten ist. Die Umsetzung des in Planung befindlichen seedfonds BW sollte möglichst rasch erfolgen. Der Fonds strebt eine Co-Finanzierung junger baden-württembergischer High-Tech-Unternehmen in der Frühphase als Side Investor des High-Tech-Gründerfonds des Bundes (HTGF) sowie eine Verbesserung der Coaching-Struktur an.

Starthilfe für Gründer in der Kreativwirtschaft

Baden-Württemberg ist im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft bereits heute gut aufgestellt: Film-, Fernseh- oder Musikproduzenten, Mode-, Werbe- oder Spiele-Designer, Verlage, Künstler, Architekten und Softwareunternehmen tragen sichtbar zu Wachstum und Beschäftigung bei und sind zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor für das Land geworden. Viele dieser Akteure sind Kleinst- oder Kleinunternehmen mit relativ geringer Eigenkapitalausstattung und außergewöhnlichen Betätigungsfeldern und Geschäftsmodellen. Es zeigt sich, dass viele Banken nach wie vor nur bedingt Einblick in die von der Norm abweichenden Geschäftsmodelle der Kreativschaffenden haben und daher bei Fragen der Finanzierung oftmals zurückhaltend agieren. Es wird daher die Erarbeitung eines Maßnahmekatalogs im Dialog mit der Finanzwirtschaft - insbesondere mit L-Bank, Bürgerschaftsbank und MBG sowie LBBW/Sparkassen - empfohlen. Der Zugang zu Kapital sollte erleichtert und die Banken für die Bedürfnisse der Kultur- und Kreativwirtschaft sensibilisiert werden.

Auftritt der Öffentlichen Hand als Nachfrager von Innovationen

Durch den Einsatz von innovativen, nachhaltigen Technologien, Prozess- und Führungsinnovationen in Institutionen des Landes kann nicht nur kurzfristig ein Initialmarkt geschaffen werden. Es wird auch ein Leuchtturmeffekt mit hoher Außenwirkung für Baden-Württemberg erzeugt und baden-württembergischen Unternehmen werden Einsatz-, Kooperations- oder Innovationsmöglichkeiten gegeben.

Mitglieder des Innovationsrats

Vorstand des Innovationsrats

Günther H. Oettinger

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Prof. Dr. Ernst Messerschmid

Universität Stuttgart

Dr. Eberhard Veit

Vorsitzender des Vorstands, Festo AG, Esslingen

Mitglieder des Innovationsrats

Ständige Mitglieder aus der Landesregierung

Prof. Dr. Peter Frankenberg

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Ernst Pfister MdL

Wirtschaftsminister

Die Mitglieder der Landesregierung sind eingeladen, an den Sitzungen des Innovationsrats teilzunehmen.

Wirtschaft

Joachim Bader

Geschäftsführer, Gebrüder Sträb GmbH, Wendlingen

Dr. Robert Bauer

Sprecher des Vorstands, Sick AG, Waldkirch

Dr. Siegfried Dais

Stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung,
Robert Bosch GmbH, Stuttgart

Prof. E.h. Klaus Fischer

Vorsitzender der Geschäftsführung, fischerwerke GmbH & Co. KG, Waldachtal

Prof. Jörg Menno Harms

Vorsitzender des Aufsichtsrats, Hewlett-Packard Deutschland, Böblingen

Prof. Dr. Claus E. Heinrich

Board Member Innovation Lab Heidelberg

Martin Jetter

Vorsitzender der Geschäftsführung, IBM Deutschland GmbH, Stuttgart

Karlheinz Kögel

Media control GmbH & Co. KG, Baden-Baden

Peter Leibinger

stellv. Vorsitzender der Geschäftsführung, Trumpf GmbH + Co. KG, Ditzingen

Dr. Harald Marquardt

Geschäftsführer, Marquardt GmbH, Rietheim-Weilheim

Dr. Fritz Oesterle

Vorsitzender des Vorstands, Celesio AG, Stuttgart

Heinz-Dieter Schunk

Geschäftsführender Gesellschafter, Schunk GmbH & Co. KG, Lauffen

Dorothee Stein-Gehring

Geschäftsführende Gesellschafterin, Gehring GmbH & Co. KG, Ostfildern

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender des Vorstands, Landesbank Baden-Württemberg

Dr. Thomas Weber

Mitglied des Vorstands, Daimler AG, Stuttgart

Peter Zürn

Sprecher der Geschäftsleitung, Adolf Würth GmbH & Co. KG, Künzelsau

Wissenschaft

Prof. Dr. Wolfgang Franz

Präsident, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim

Prof. Dr.-Ing. Ellen Ivers-Tiffée

Leiterin des Instituts für Werkstoffe der Elektrotechnik, Universität Karlsruhe

Prof. Dr. Renate Köcher

Geschäftsführerin, Institut für Demoskopie Allensbach

Rektor Prof. Dr.-Ing. Winfried Lieber

Hochschule Offenburg

Vorsitzender der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen

Rektor Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Liebig

Universität Hohenheim

Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Universitäten

Prof. Dr. Hans Müller-Steinhagen

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Stuttgart

Prof. Dr. Ralf Reski

Fakultät für Biologie, Universität Freiburg

Prof. Dr. Joachim Spatz

Fakultät für Chemie und Geowissenschaften der Universität Heidelberg

Direktor und kom. Leiter des Max-Planck-Instituts für Metallforschung, Stuttgart

Prof. Dr. Eberhard Umbach

Vorsitzender des Vorstands, Forschungszentrum Karlsruhe

Prof. Dr. Marion A. Weissenberger-Eibl

Institutsleitung, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe

Prof. Dr. Otmar D. Wiestler

Vorstand, Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg

Gewerkschaften / Betriebsräte

Dr. Brigitte Bauhoff

Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats, Roche Diagnostics GmbH, Mannheim

Rainer Bliesener

Landesvorsitzender, DGB Baden-Württemberg

Jörg Hofmann

Bezirksleiter, IG Metall, Stuttgart

Erich Klemm

Vorsitzender des Konzernbetriebsrats, Daimler AG, Stuttgart

Günther Schrettinger

Vorsitzender des Betriebsrats, EADS Deutschland GmbH, Friedrichshafen

Volker Stich

Vorsitzender, Beamtenbund Baden-Württemberg

Kammern und Verbände

Bernd Bechtold

Präsident, Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag

Reiner Ehret

Vorsitzender des Vorstands, Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg

Angelika Klingel

Erste Vorsitzende, Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Dr. Hans-Eberhard Koch

Vorsitzender des Vorstands, Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI)

Dr. Thomas Lindner

Vorsitzender, Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA), Landesverband Baden-Württemberg

Franz Longin

Präsident, Landesverband der Freien Berufe Baden-Württemberg

Joachim Möhrle

Präsident, Baden-Württembergischer Handwerkstag

Dr. Jan Stefan Roell

Mitglied des Vorstands, Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V. (Südwestmetall)

Joachim Rukwied

Präsident, Landesbauernverband in Baden-Württemberg e.V.

Kirchen

Dr. Fridolin Keck

Generalvikar der Erzdiözese Freiburg

Margit Rupp

Direktorin im Evangelischen Oberkirchenrat Stuttgart, Evangelische Landeskirche Württemberg

Kommunale Landesverbände

Dr. Jürgen Schütz

Präsident, Landkreistag Baden-Württemberg

Kultur, Medien/Kommunikation und Sport

Peter Boudgoust

Intendant, SWR, Stuttgart

Dr. Michael J. Inacker

Bereichsleiter „Corporate Communications & Public Affairs“, Metro AG, Düsseldorf

Prof. Jean-Baptiste Joly

Direktor, Akademie Schloss Solitude, Stuttgart

Valdo Lehari jr.

Präsident, Europäischer Zeitungsverlegerverband

Dr. Marcel Reichart

Geschäftsführer, Hubert Burda Media, Marketing & Communications GmbH, München

Erwin Staudt

Präsident, VfB Stuttgart 1893 e.V.

Hans Tränkle

Geschäftsführender Intendant, Württembergische Staatstheater

Prof. Peter Weibel

Vorstand, Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM), Karlsruhe

(Stand: 21. Juli 2009)